

Antrag 01: LEITANTRAG ZUM SCHLESWIG-HOLSTEIN-TAG Schleswig-Holstein: Bildungsland zwischen den Meeren

Laufende Nummer: 1

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht

- 1 Gute Bildung ist die zentrale Grundlage für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.
2 Wir, die Junge Union, wollen in Schleswig-Holstein die Weichen für eine exzellente
3 und gerechte Bildungspolitik stellen, die sowohl auf bewährten Strukturen aufbaut als
4 auch neue, innovative Wege geht, um den Herausforderungen der heutigen Zeit gerecht
5 zu werden und die persönliche Entwicklung jedes und jeder Einzelnen zu ermöglichen.
- 6 Dieser Leitantrag legt seinen Fokus auf eine umfassende Reform unseres
7 Bildungswesens, die von der frühkindlichen Bildung bis zur universitären Ausbildung
8 reichen soll. Unser Ziel ist, die Qualität und Verlässlichkeit der Bildungslandschaft
9 in Schleswig-Holstein zu steigern und dabei den besonderen Bedürfnissen unserer
10 vielfältigen Gesellschaft gerecht zu werden. Insbesondere in der frühkindlichen
11 Bildung sehen wir großen Handlungsbedarf: Die bevorstehende Kita-Reform soll nicht
12 nur die finanziellen Lücken schließen, sondern auch die Flexibilität und Qualität in
13 den Betreuungseinrichtungen nachhaltig verbessern. Die Einführung von sogenannten
14 „Perspektiv-Kitas“ stellt hierbei einen wesentlichen Baustein dar, um
15 Chancengerechtigkeit von Anfang an zu fördern.
- 16 Auch in den Schulen müssen wir neue Wege gehen: Die Stärkung der Grundkompetenzen wie
17 Lesen, Schreiben und Rechnen ist essenziell, um die Grundlage für den weiteren
18 Bildungserfolg zu legen. Zudem wollen wir Leistung und Exzellenz wieder stärker in
19 den Mittelpunkt rücken und damit den Grundstein für ein selbstbewusstes und
20 leistungsfähiges Schleswig-Holstein legen.
- 21 Mit einer klaren Ausrichtung auf praxisnahe Ausbildung und berufliche Integration
22 setzen wir uns dafür ein, dass junge Menschen bereits während ihrer Ausbildung
23 fundierte Praxiserfahrungen sammeln und damit besser auf die Herausforderungen des
24 Berufslebens vorbereitet werden. Das geplante duale Studium für Lehrkräfte ist ein
25 entscheidender Schritt, um dem Lehrkräftemangel im Land entgegenzuwirken und
26 gleichzeitig die Qualität der Ausbildung sowie die Praxisorientierung zu erhöhen.
- 27 Dieser Leitantrag bündelt unsere Forderungen und Vorstellungen für ein
28 zukunftsfähiges Bildungssystem in Schleswig-Holstein, das alle Kinder, Jugendlichen
29 und jungen Erwachsenen bestmöglich fördert und ihnen die Chance auf eine erfolgreiche
30 und erfüllte Bildungsbiografie ermöglicht. Gemeinsam wollen wir dafür Sorge tragen,
31 dass Schleswig-Holstein auch weiterhin für hervorragende Bildung steht und Vorreiter
32 für zukunftssträchtige Innovationen wird.
- 33
- 34 **Eine echte Reform für beste Kinderbetreuung in Schleswig-Holstein**
- 35 Immer mehr ungewollte Schließungen von Kindertagesstätten (Kitas), auch aufgrund des
36 grassierenden Fachkräftemangels, sowie der starre Betreuungsschlüssel erfordern eine
37 große Kita-Reform. Wir setzen uns proaktiv dafür ein, denn nur so können wir die

38 Qualität und die Verlässlichkeit der Kinderbetreuung verbessern. Im Vordergrund steht
39 dabei für uns auch, die Finanzierungslücke zu schließen.

40 Wir erkennen einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf im Kitabereich in Höhe von 120
41 Millionen Euro. Diese Mittel sollen nicht nur vom Land bereitgestellt werden. So
42 müssen auch die Kommunen zur Finanzierung beitragen. Wir wollen das Modell eines
43 starren Betreuungsschlüssels hinter uns lassen und zu einem flexiblen
44 Anstellungsschlüssel übergehen, so wie er beispielsweise im Freistaat Bayern seit
45 langem erfolgreich praktiziert wird.

46 Bei auftretenden Personalengpässen fehlt es den Kindertagesstätten oft an der nötigen
47 Flexibilität, um angemessen darauf zu reagieren. Dies führt dazu, dass Gruppen immer
48 wieder geschlossen werden müssen, um den gesetzlich definierten Standards für die
49 Personalausstattung zu entsprechen. Die Leidtragenden sind die Familien, die sich
50 nicht auf die vertraglich vereinbarten Betreuungszeiten verlassen können. Wir setzen
51 uns deshalb für eine Flexibilisierung des Personalschlüssels ein, die übergangsweise
52 und in besonderen Situationen die frühkindliche Bildung auch dann weiterhin
53 ermöglicht, wenn einmal Betreuungskräfte ausfallen.

54 Eine Erhöhung der Elternbeiträge können wir perspektivisch aufgrund der
55 Inflationsentwicklung nicht per se ausschließen. Dabei wäre eine Erhöhung der
56 Beiträge um 50 bis 70 Prozent notwendig, um die volle Finanzierungslücke zu
57 schließen. Im Sinne einer fairen Verteilung der finanziellen Lasten zwischen dem
58 Land, den kommunalen Trägern und den Familien wäre eine 10-prozentige Erhöhung im
59 Rahmen der Inflationsanpassung möglich und auch sinnvoll.

60 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 61 • die bessere personelle Ausstattung von eingruppigen Kitas,
- 62 • die Stärkung der wichtigen Kindertagespflege,
- 63 • den Einsatz des neuen flexiblen Anstellungsschlüssels für das Personal in den
64 Einrichtungen,
- 65 • die Schließung der durch die Evaluation aufgedeckten Finanzierungslücke von 120
66 Millionen Euro durch einen Schulterchluss von Land, Kommunen sowie einer
67 moderaten Beitragserhöhung um 10 %.

68 Chancengerechtigkeit beginnt bereits in der Kita, also im Krippen- und im
69 Elementarbereich. Diese Einrichtungen dienen als Bildungs-, Betreuungs- und
70 Erziehungsstätten für die jüngsten Mitglieder unserer Gesellschaft. Nach der primären
71 Sozialisation in der Familie ist die Kita in der Regel der erste soziale Kontaktpunkt
72 außerhalb des familiären Umfelds. Hier werden entscheidende Grundlagen für die
73 weitere Entwicklung der Kinder gelegt. In der frühen Kindheit erleben die Kinder
74 verschiedenste Verhaltensweisen und Lebensstile, weshalb ihre Sozialisation in der
75 Kita von enormer Bedeutung ist.

76 Wir wollen die Chancen der Kinder daher schon in dieser Zeit kontinuierlich
77 verbessern. Gerade im Sprachbereich ist es wichtig, dass Kinder mit hohem
78 Unterstützungsbedarf besonders gefördert werden. Aus diesem Grund unterstützen wir
79 die Abkehr vom Prinzip der Gießkannen-Förderung und das neue Programm der
80 Landesregierung „Perspektiv-Kitas“. Das Konzept der „Perspektiv-Kitas“ zielt darauf
81 ab, besonders Kinder aus Familien mit geringem Bildungsstand, Migrationserfahrung

82 oder psychosozialen Belastungen zu unterstützen, ähnlich wie es bei den Perspektiv-
83 Schulen bereits der Fall ist. Dadurch werden Familien und Kinder in entsprechenden
84 Sozialräumen gezielt gefördert.

85 Der Erwerb der deutschen Sprache muss zudem so früh wie möglich gefördert werden,
86 insbesondere durch verbindliche, fortlaufende und standardisierte Diagnoseverfahren.
87 Für Kinder, die bei diesen Tests schlecht abschneiden, soll mindestens das letzte
88 Kita-Jahr Pflicht sein. Diese Verpflichtung ist der richtige Weg, um die
89 Bildungschancen der betroffenen Kinder erheblich zu verbessern.

90 Eine enge Zusammenarbeit zwischen „Perspektiv-Kita“ und „Perspektiv-Schule“ ist
91 unerlässlich, vor allem in sozial belasteten Umfeldern mit einer erhöhten Armutsquote
92 und entsprechend großem Unterstützungsbedarf. „Perspektiv-Kitas“ erhalten dafür
93 künftig eine an die Größe der Kita angepasste zusätzliche Koordinierungsstelle. Die
94 Kooperation mit der entsprechenden Schule sowie die sprachliche Bildung sind
95 verpflichtend. Themen wie Naturwissenschaft und Mathematik, Gesundheit und die
96 Stärkung der Familie können dabei optional behandelt werden.

97 Das Hamburger Modell „Entwicklungsfokus Viereinhalb“ in den „Perspektiv-Kitas“ ist
98 ein spezifisches Förderprogramm, das auf frühkindliche Bildung abzielt. Es wurde
99 entwickelt, um Kinder aus sozial benachteiligten Familien gezielt zu unterstützen und
100 ihnen so bessere Startchancen im Lernumfeld zu ermöglichen. Das Modell verknüpft
101 Bildungs- und Betreuungsangebote mit intensiver Elternarbeit und sozialpädagogischer
102 Begleitung.

103 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 104 • verbindliche, fortlaufende und standardisierte Diagnoseverfahren zum Erwerb der
105 deutschen Sprache, aus denen im Falle des Schlechtabschneidens für das
106 betroffene Kind eine Besuchspflicht des letzten Kita-Jahres vor der Grundschule
107 folgt,
- 108 • die Ergänzung des Programms „Perspektiv-Kitas“ um das Hamburger Modell
109 „Entwicklungsfokus Viereinhalb“,
- 110 • eine enge Zusammenarbeit zwischen „Perspektiv-Kitas“ und „Perspektiv-Schulen“,
- 111 • einen einheitlichen abgestimmten Bewerbungsprozess zwischen dem Ministerium und
112 den Kindertagesstätten,
- 113 • Koordinierungsstellen in den „Perspektiv-Kitas“,
- 114 • eine obligatorische vorschulische Förderung an den „Perspektiv-Kitas“.

115

116 **Basiskompetenzen in den Grundschulen stärken**

117 Die jüngsten Studien im Bildungsbereich (IGLU und PISA) haben gezeigt, wie schlecht
118 es um das Bildungsniveau unserer Grundschülerinnen und Grundschüler steht,
119 insbesondere in den grundlegenden Kompetenzen. Wir fordern daher eine umfassende
120 Stärkung der Grundschulausbildung, um allen Kindern die besten Startbedingungen zu
121 ermöglichen.

122 Die Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen sind das Fundament jeder
123 Bildungskarriere. Wir begrüßen daher die Anstrengungen der Landesregierung, diese
124 Kernkompetenzen in den Grundschulen mit einer zusätzlichen Wochenstunde der Fächer

125 Deutsch und Mathe zu stärken. Dazu gehören allerdings auch gezielte Förderprogramme,
126 kleinere Klassen und zusätzliche Ressourcen für den Unterricht. Nur so können wir
127 sicherstellen, dass alle Kinder diese essenziellen Fähigkeiten sicher beherrschen und
128 gut vorbereitet in die weiterführende Schule starten.

129 Um den akuten Lehrkräftemangel an Grundschulen zu mildern, fordern wir, dass der
130 Wechsel von befristet beschäftigten Lehrkräften an die Grundschulen erleichtert wird.
131 Durch flexiblere Übergangsregelungen und die Anerkennung der vorhandenen
132 Qualifikationen können Lehrkräfte ihre Fähigkeiten in den Grundschulen einbringen und
133 so zur Stabilisierung des Unterrichtsangebotes beitragen.

134 Wir setzen uns konsequent für die „Schulhofsprache Deutsch“ ein. Kinder und
135 Jugendliche mit einer anderen Erstsprache als Deutsch lernen die Sprache am besten in
136 der direkten Anwendung. Gleichzeitig setzen wir uns für die Thematisierung und
137 Würdigung der unterschiedlichen Erstsprachen im Unterrichtsgeschehen ein.

138 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 139 • die Erleichterung des Wechsels für befristete Berufsschullehrkräfte an andere
140 Schulformen,
- 141 • obligatorischen Förderunterricht für leistungsschwächere Schülerinnen und
142 Schüler,
- 143 • Deutsch als Schulhofsprache.

144

145 **Das Leistungsprinzip im Mittelpunkt**

146 Das Fordern von Schülerinnen und Schülern ist ebenso wichtig wie deren Förderung.
147 Durch Reformen vormaliger politischer Entscheidungsträger ist dieses Prinzip leider
148 in den Hintergrund geraten. Dabei ist das Fordern entscheidend für die Persönlichkeit
149 wie akademische Laufbahn von jungen Menschen, die so ihre individuellen Talente und
150 Fähigkeiten entdecken, in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt werden und möglicherweise
151 auch eine besondere Vorbereitung auf ihren weiteren Lebensweg erfahren.

152 Wir als Junge Union Schleswig-Holstein setzen uns daher für den dauerhaften Erhalt
153 des Gymnasiums ein. Dieses ist der Ort, an dem Schülerinnen und Schüler gezielt auf
154 das Abitur und eine spätere akademische Ausbildung vorbereitet werden.

155 In der Gemeinschaftsschule hingegen sollen Schülerinnen und Schüler hingegen auf alle
156 Bildungsabschlüsse, insbesondere aber auf die duale Ausbildung, vorbereitet werden.
157 Auf eine qualitativ hochwertige Berufsorientierung einschließlich einer individuellen
158 Potenzialanalyse ab Klasse 7 ist besonderer Wert zu legen. Außerdem ist es wichtig,
159 dass dort alle Schülerinnen und Schüler sowohl an den Prüfungen des Ersten
160 allgemeinbildenden Schulabschlusses als auch des Mittleren Schulabschlusses
161 teilnehmen. Das kann helfen, die Anzahl an Schulabgeherinnen und Schulabgehern ohne
162 Abschluss zu reduzieren.

163 Das Prinzip von „Fördern“ und „Fordern“ ist an Schulen sinnvoll, die alle
164 Schülerinnen und Schüler fördern und differenziert fördern. Dies erfordert an den
165 Gemeinschaftsschulen ab Klasse 7 eine Teilung der Lerngruppen in erhöhte und
166 grundlegende Niveaus. Zudem braucht es mehr verpflichtende Lernstandserhebungen und
167 Lernverlaufdiagnostiken, aus denen man Schlussfolgerungen für die individuelle
168 Förderung der einzelnen Schülerinnen und Schüler ziehen und konkrete

169 Handlungsstrategien entwickeln kann.

170 Weiter unterstützen wir die angemessene Integration des Leistungsprinzips in unsere
171 Grundschulen, insbesondere, dass Grundschülerinnen und Grundschüler ab der dritten
172 Klasse Notenzeugnisse erhalten. So erhalten sie nicht nur eine konkrete, messbare und
173 vergleichbare Rückmeldung über ihre Leistung; auch ihr Leistungswille und ihre
174 Lernbereitschaft werden aktiviert. Das reale Leistungsniveau der Schülerinnen und
175 Schüler muss sich auch zukünftig in Form von Schulübergangsempfehlungen gegen Ende
176 der Grundschulzeit und der Möglichkeit des Sitzenbleibens widerspiegeln.

177 Der politische Vorstoß, die Bundesjugendspiele in einen bewegungsorientierten anstatt
178 eines leistungsorientierten Wettbewerbs umzuwandeln, halten wir für grundlegend
179 falsch. Der sportliche Wettkampf fördert schließlich wesentliche Fähigkeiten wie die
180 eigene Leistungsbereitschaft und den Teamgeist sowie den Umgang mit Siegen und
181 Niederlagen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Bundesjugendspiele auch
182 zukünftig ein leistungsorientierter Wettbewerb bleiben.

183 Gute Leistungen müssen zudem auch belohnt werden. Wir fordern daher, dass
184 Schülerinnen und Schüler pro Note 1 im Endjahreszeugnis jeweils einen Tag kostenlos
185 in den Sommerferien die Schwimmbäder in Schleswig-Holstein nutzen dürfen. Das ist
186 eine greifbare und attraktive Belohnung, die Schülerinnen und Schüler motiviert,
187 weiterhin ihr Bestes zu geben. Junge Menschen, die für ihre schulischen Leistungen
188 belohnt werden, können durch diese einkommensunabhängige erweiterte Möglichkeit der
189 Freizeitgestaltung unabhängiger und selbstständiger werden. Ebenfalls kann die
190 Belohnung einen Anreiz für andere Schülerinnen und Schüler schaffen, sich ebenfalls
191 anzustrengen.

192 Wenngleich die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) erneut am
193 Exzellenzcluster gescheitert ist, muss sie mithilfe einer Exzellenzstrategie
194 weiterhin gefördert werden. Während andere Parteien, Jugendorganisationen und
195 Studentengruppen die Förderung der Exzellenzforschung ablehnen, stellen wir uns auch
196 weiterhin klar dahinter, denn gerade die Stärkung von Exzellenzclustern und die
197 Zusammenarbeit mit Akteuren der Wirtschaft kommen den Studentinnen und Studenten
198 unmittelbar zugute. Sie sind auch für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der CAU
199 eine essenzielle Komponente.

200 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 201 • den Erhalt von Gymnasium und Gemeinschaftsschulen als Schularten mit
202 eigenständigem Profil,
- 203 • die verpflichtende Teilnahme von Gemeinschaftsschülerinnen und
204 Gemeinschaftsschülern an den Prüfungen des Ersten allgemeinbildenden
205 Schulabschlusses als auch des Mittleren Schulabschlusses,
- 206 • die Teilung von Lerngruppen an Gemeinschaftsschulen in grundlegende und erhöhte
207 Niveaus ab der 7. Klasse,
- 208 • mehr verpflichtende Lernstandserhebungen, um eine individuelle Förderung zu
209 ermöglichen,
- 210 • die Bundesjugendspiele als einen vorrangig leistungsorientierten anstatt eines
211 bewegungsorientierten Wettbewerbs beizubehalten,
- 212 • den kostenlosen Eintritt in Schwimmbäder in Schleswig-Holstein für Schülerinnen

213 und Schüler für jede Note 1 im Endjahreszeugnis,
214 • den langfristigen Bestand der Exzellenzförderung.

215

216 **Unsere Schulen personell stärken**

217 Der Fachkräftemangel hat längst auch unsere Schulen erreicht. Es ist daher dringend
218 erforderlich, nachhaltige Lösungen zu finden, die sowohl den Schulen als auch den
219 Vertretungslehrkräften gerecht werden und ihnen klare Perspektiven bieten. Es ist
220 nicht sinnvoll, erfahrene Lehrkräfte nach fünf Jahren im Einsatz zu entlassen und
221 durch weniger erfahrene Personen zu ersetzen. Wir setzen uns deshalb für eine
222 verpflichtende Basisqualifikation von Vertretungslehrkräften ein, die idealerweise
223 vom ersten Arbeitstag an beginnt und durch ein Mentoring-System flankiert wird.
224 Ebenfalls soll es Schulleitungen zukünftig möglich sein, Vertretungslehrkräfte nach
225 zwei Jahren für eine berufsbegleitende Weiterqualifikation zur Lehrkraft anzumelden,
226 sollte sie nicht ohnehin zu diesem Zeitpunkt ein Lehramtsstudium ergriffen haben oder
227 sich in der Wartezeit für ihr Referendariat befinden. Vertretungslehrkräfte müssen an
228 diesen Qualifikationen teilnehmen, auch wenn dies möglicherweise mit einer
229 Stundenreduzierung und damit verbundenen Einnahmeneinbußen einhergeht.

230 Sportlehrerinnen und Sportlehrer sollten aufgrund der vergleichsweise geringeren Vor-
231 und Nachbereitungszeit und der fehlenden Korrektur von Klausuren verpflichtet werden,
232 mehr Unterrichtsstunden zu übernehmen, ohne dass dies zu einer Erhöhung ihres
233 Verdienstes führt. Diese Maßnahme würde eine gerechtere Verteilung der Arbeitslast
234 unter den Lehrkräften sicherstellen und dem tatsächlichen Arbeitsaufwand besser
235 entsprechen. Ebenfalls halten wir die Einführung von Verwaltungsassistenzen punktuell
236 für sinnvoll, um sowohl für die Schulleitung als auch für Lehrkräfte den
237 organisatorischen Aufwand ihrer Tätigkeiten zu erleichtern und ihnen so mehr
238 zeitliche Kapazitäten für den eigentlichen Unterricht zu schaffen.

239 Gerade im Bereich der Ganztagsbetreuung an den Grundschulen besteht ein erheblicher
240 Personalbedarf, der gedeckt werden muss. Die Reaktivierung pensionierter Lehrkräfte,
241 sowohl zum Einsatz im Offenen Ganztags als auch im regulären Lehrbetrieb, stellt eine
242 praktische und zweckmäßige Erleichterung dar, wobei zur Attraktivitätssteigerung die
243 Anpassung beziehungsweise Aussetzung der Zuverdienstgrenze bei der Pension mitbedacht
244 werden muss. Ebenfalls sollen Kooperationen zwischen Schulen und dem Ehrenamt, wie
245 beispielsweise Kultur- und Sportvereine sowie Jugendfeuerwehren, noch stärker
246 fokussiert und unterstützt werden, denn sie sind das Bindeglied von Schulen in die
247 Gesellschaft und regen Schülerinnen und Schüler an, neue Interessen und das örtliche
248 Ehrenamt für sich zu entdecken.

249 Diese Forderungen zielen darauf ab, eine faire und angemessene Vergütung sowie eine
250 gerechte Verteilung der Arbeitslast innerhalb des Bildungssystems zu gewährleisten.
251 Es ist von großer Bedeutung, dass die Anstrengungen und Verantwortlichkeiten aller
252 pädagogischen Fachkräfte entsprechend ihres tatsächlichen Arbeitsaufwandes anerkannt
253 und honoriert werden.

254 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

255 • eine Basisqualifikation und ein flankierendes Mentoring-System für
256 Vertretungslehrkräfte,

- 257 • die Möglichkeit für Vertretungslehrkräfte, nach zwei Jahren im Schuldienst eine
258 berufsbegleitende Weiterqualifikation zur Lehrkraft aufnehmen zu können,
- 259 • dass Sportlehrerinnen und Sportlehrer für den gleichen Verdienst mehr
260 unterrichten müssen – eine Ausnahme davon bilden Profilkurse,
- 261 • die punktuelle Einführung von Verwaltungsassistenzen im Schulbetrieb,
- 262 • die personelle Stärkung im Bereich der Ganztagsbetreuung und im Schulbetrieb
263 durch die Reaktivierung pensionierter Lehrkräfte und die Stärkung von
264 Kooperationen mit dem örtlichen Ehrenamt und der Vereinslandschaft.

265

266 **Ein duales Lehramtsstudium für Schleswig-Holstein**

267 Die Attraktivität des Berufsbildes muss bereits im Rahmen der Ausbildung gestärkt
268 werden, um noch mehr Menschen von einer Tätigkeit als Lehrkraft in Schleswig-Holstein
269 zu begeistern. Thüringen geht dazu einen neuen Weg bei der Lehrkräftegewinnung und
270 schafft einen dualen Studiengang für das Regelschullehramt. Der neue Studiengang kann
271 ab dem Wintersemester 2024/25 an der Universität Erfurt studiert werden. 50
272 Studienplätze stehen im ersten Jahr zur Verfügung. Studentinnen und Studenten
273 erhalten vom Freistaat Thüringen einen Studienvertrag mit einer monatlichen Vergütung
274 und binden sich für die Zeit des Studiums sowie fünf weitere Jahre (inklusive
275 Vorbereitungsdienst) an den Freistaat. Ein duales Studium nach diesem Modell bietet
276 viele Vorteile für seinen Absolventinnen und Absolventen und die schulische Angebot
277 im Land. Zum einen haben die Studentinnen und Studenten so die Chance, schon
278 innerhalb des Studiums bessere Praxiserfahrungen zu sammeln. Zum anderen erhalten sie
279 während des Studiums ein attraktives Gehalt, was bei vielen jungen Menschen eine
280 große Rolle in der Entscheidung spielt, ob sie überhaupt ein Studium beginnen wollen.

281 Ein solcher, das rein universitäre Studium ergänzender dualer Studiengang mit einem
282 Kontingent von 100 dualen Studienplätzen wäre auch für Schleswig-Holstein eine große
283 Chance. Wir können den Lehrkräftemangel so auf einer weiteren Ebene bekämpfen.
284 Ebenfalls verringert sich die Wahrscheinlichkeit, dass Studentinnen und Studenten
285 nach dem Studium ihren Vorbereitungsdienst in einem anderen Bundesland zu
286 absolvieren, denn sie können so für einen mittelfristigen Zeitraum fest an den
287 Standort Schleswig-Holstein gebunden werden. Für das Sonderschullehramt gibt es
288 bereits ein duales Studium, deshalb empfiehlt sich die ergänzende Einführung für
289 Gemeinschaftsschulen und Grundschulen.

290 Als zusätzliche Möglichkeit, dem Mangel an Lehrkräften entgegenzuwirken, müssen neue
291 Zielgruppen für den Lehrkräfteberuf gewonnen werden, indem der Quereinstieg in den
292 Lehrerberuf erleichtert wird. So muss es Absolventinnen und Absolventen nicht
293 lehramtsbezogener Studiengänge, die bereits an Schulen unterrichten, noch besser
294 möglich gemacht werden, sich berufsbegleitend zu qualifizieren. Darüber hinaus muss
295 die Möglichkeit geschaffen werden, dass Bachelorabsolventinnen und -absolventen aus
296 einem nicht lehramtsbezogenen Studiengang in einen lehramtsbezogenen
297 Masterstudiengang wechseln können (sog. Q-Master). Die hohe Qualität der
298 Lehrkräfteausbildung muss hierbei stets gewahrt werden.

299 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 300 • einen dualen Studiengang für das Grundschul- und Gemeinschaftsschullehramt an

301 der EUF bei gleichzeitiger Verpflichtung der Studentinnen und Studenten,
302 anschließend mindestens weitere fünf Jahre an einer öffentlichen Schule in
303 Schleswig-Holstein zu unterrichten,
304 • einen berufsbegleitenden Master für das Gymnasial- und Berufsschullehramt am
305 Standort Kiel.

306

307 **Digitaler Fortschritt – aber sicher!**

308 ChatGPT, Bard und Co. können eine große Hilfe im Schulalltag sein. Diese Programme
309 helfen den Schülerinnen und Schülern beispielsweise bei der Anfertigung ihrer
310 Hausaufgaben oder der Klausurvorbereitung. Die Schule muss sich den schnellen
311 Veränderungen und Neuerungen im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) anpassen,
312 denn: KI bietet nicht nur viele Vorteile im Internet, sondern birgt auch Risiken.

313 Eines der größten Risiken sind die Falschinformationen, die aus der Verwendung
314 resultieren können. Obgleich es im Einzelfall nur falsche Textinformationen,
315 bearbeitete Bilder, die nicht gekennzeichnet, oder Fake-Videos und Fake-Bilder sein
316 mögen: Häufig mangelt es an der Erkennbarkeit, was fatale Folgen nach sich ziehen
317 kann. Wir fordern daher eine landesweite Kampagne, die darüber aufklärt, wie man
318 Desinformationen erkennt und welche Maßnahmen dagegen getroffen werden können.
319 Ebenfalls nimmt Cyber-Mobbing, auch im schulischen Kontext, weiter zu. Hier besteht
320 dringender schulseitiger Handlungsbedarf, um das Wohl der Schülerinnen und Schüler zu
321 garantieren. Auch mit dieser Thematik muss sich die Kampagne beschäftigen und
322 Aufklärung, gerade auch unter Lehrkräften, schaffen.

323 Um Fälle von Mobbing und Desinformation schnellstmöglich aufklären zu können, soll
324 zudem eine Anlaufstelle des Landes eingerichtet werden, um Fälle dieser Natur
325 unbürokratisch und vor allem anonym melden zu können. Das Ziel dabei ist auch eine
326 höhere Praktikabilität in der Auseinandersetzung um die Sperrung solcher Inhalte
327 durch die verantwortlichen Betreiber von sozialen Netzwerken.

328 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 329 • eine Kampagne an Schulen, die über Desinformationen, Mobbing und Sicherheit bei
330 der Verwendung von KI und sozialen Netzwerken aufklärt, wobei sich die Kampagne
331 insbesondere auch mit den Vor- und Nachteilen von KI auseinandersetzen soll,
- 332 • Eine ministerielle Anlaufstelle, bei der vorgenannte Fälle unbürokratisch und
333 anonym gemeldet werden können.

334

335 **Meister statt Mangel!**

336 Gut qualifizierte Fachkräfte sind der Garant für Wachstum und Wohlstand. Der
337 beruflichen Bildung und insbesondere der dualen Ausbildung kommt eine tragende Rolle
338 bei der Sicherung des Fachkräftenachwuchses zu. Das deutsche System der dualen
339 Berufsausbildung ist weltweit einzigartig und nimmt international eine Vorreiterrolle
340 ein. Dennoch steht es vor großen Herausforderungen. So gibt es in Deutschland rund
341 250.000 unbesetzte Ausbildungsstellen bei zunehmender Jugendarbeitslosigkeit, ein
342 Drittel der Studentinnen und Studenten bricht ihr Studium ohne Abschluss ab und
343 hochqualifizierte Kräfte wandern ins Ausland ab. Wir setzen uns deshalb dafür ein,
344 das duale Ausbildungssystem zu reformieren, um die Attraktivität einer

345 Berufsausbildung wieder zu erhöhen und in den gesellschaftlichen Fokus zu lenken.

346 Ein Baustein hierfür ist, die Gleichwertigkeit von Ausbildung und Studium in der
347 Gesellschaft und im individuellen Bewusstsein stärker zu betonen. Das bedeutet auch,
348 dass schon die Schulen stärker zur Berufsorientierung beitragen müssen. So bedarf es
349 einer Informationskampagne an den Schulen, die die Vorteile einer Lehre oder
350 Ausbildung im Vergleich zum Studium aufzeigt. Dies sollte in Kooperation mit der
351 Agentur für Arbeit, dem Berufsinformationszentrum (BIZ), den Kammern und
352 Berufsverbänden geschehen. Weiter können verpflichtende Kooperationen von
353 Gemeinschaftsschulen und naheliegenden Berufsschulen helfen, die durch eine gezielte
354 Zusammenarbeit und einen regelmäßigen Austausch Synergien nutzt.

355 Zur Berufsorientierung ist das erfolgreiche Absolvieren berufsorientierender Praktika
356 während der Schulzeit unabdingbar. Die Entscheidung für das richtige Praktikum und
357 später für den richtigen Arbeitsgeber fällt jedoch vielen Schülerinnen und Schülern
358 aufgrund des unübersichtlichen Arbeitsmarktes zunehmend schwerer. Hierfür können
359 schulische Unterstützungs- und Netzwerkkonzepte eine echte Erleichterung bei der
360 Entscheidungsfindung der Schülerinnen und Schüler bieten. Gleichzeitig werden
361 hierdurch gezielte Recruiting-Maßnahmen auch kleinerer Unternehmen vor Ort
362 ermöglicht. Auch ein „Tag des offenen Betriebs“ oder Speed-Datings an Schulen kann
363 Unternehmen eine Möglichkeit bieten, sich vorzustellen und Schülerinnen und Schülern
364 eine bessere Orientierung ermöglichen.

365 Zudem muss die Berufsorientierung an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen gleichrangig
366 die verschiedenen Möglichkeiten einbeziehen, ohne sich auf eine akademische Laufbahn
367 zu versteifen. Denn die Entscheidung, auf ein Gymnasium zu gehen, schließt die
368 Möglichkeit, anschließend einen Ausbildungsberuf zu erlernen und auszuüben,
369 keinesfalls aus.

370 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 371 • die Bewerbung der verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten innerhalb der
372 Berufsorientierung gleichrangig an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen
373 vorzunehmen,
- 374 • verpflichtende Kooperationen von allgemeinbildenden Schulen mit naheliegenden
375 Berufsbildungszentren, um Synergieeffekte durch die Zusammenarbeit zu erzeugen,
- 376 • die Etablierung schulischer Unterstützungs- und Netzwerkkonzepte für die
377 Bewerbung auf Praktikums- und Ausbildungsplätze,
- 378 • einen „Tag des offenen Betriebs“ sowie Schul-Speed-Datings, der Arbeitgeber und
379 angehende Auszubildene zusammenbringen soll,
- 380 • die stärkere Betonung der Gleichwertigkeit von Berufsausbildung und Studium,
- 381 • eine Informationskampagne, die gezielt die Vorteile einer Lehre oder Ausbildung
382 gegenüber dem Studium aufzeigen soll.

383

384 **Gute Bildung – unabhängig von Einkommen und Vermögen**

385 Eine gute Bildung ist das zentrale Aufstiegs- und Wohlstandsversprechen in unserer
386 Gesellschaft. Daher müssen alle jungen Menschen ihre Potenziale unabhängig von ihrem
387 Vermögen und Einkommen entfalten und voll ausschöpfen können.

- 388 Wir fordern daher die Einrichtung eines neuen nationalen Bildungsfonds, der allen
389 Bürgerinnen und Bürgern die Finanzierung ihrer Berufsbildung – ganz gleich ob es eine
390 Ausbildung, eine Weiterbildung oder ein Studium ist – unabhängig von ihren
391 finanziellen Mitteln ermöglichen soll. An diesem Bildungsfonds sollen sich Bund,
392 Länder und Kommunen sowie die Wirtschaft beteiligen. Nach dem jeweiligen Abschluss
393 soll das Geld in einem vorher festzulegenden Zeitraum vollständig zurückgezahlt
394 werden.
- 395 Insbesondere den Studentinnen und Studenten machen die immer weiter steigenden Preise
396 schwer zu schaffen. So muss mehr als jeder zweite zur Studienfinanzierung einer
397 Nebentätigkeit nachgehen. Wir fordern deshalb eine grundlegende Reform des BAföG. Es
398 braucht dringend eine Steigerung sowie eine dynamische Anpassung der BAföG-Sätze, um
399 die finanziellen Belastungen der Studentinnen und Studenten unabhängig vom Einkommen
400 der Eltern abzufangen. Daneben ist der Wohnort-Zuschlag ein probates Mittel, den
401 regionalen Unterschieden bei den Wohnkosten Rechnung zu tragen. Um fleißige
402 Studentinnen und Studenten zu belohnen, muss die Hinzuverdienstgrenze beim BAföG
403 erhöht werden.
- 404 Daneben müssen alternative Finanzierungsmöglichkeiten des Studiums durch niedrigere
405 Zinsen attraktiver gemacht werden – auch um zu verhindern, dass Zinssätze zum
406 Existenzrisiko für Studentinnen und Studenten werden.
- 407 Neben Studentinnen und Studenten haben auch berufliche Schülerinnen und Schüler
408 häufig mit geringen finanziellen Mitteln durch ihre niedrige Ausbildungsvergütung zu
409 kämpfen. Wir fordern daher ein gesondertes Förderprogramm, nach dem Vorbild von
410 Wohnraum für Studenten und Studentinnen, um die Auszubildenden finanziell zu entlasten
411 und günstigeren Wohnraum zu schaffen. Auch eine Verlängerung der Familienversicherung
412 für Auszubildende und Lehrlinge schafft eine finanzielle Entlastung und sorgt
413 gleichzeitig dafür, Studium und Ausbildung gleichwertiger zu gestalten.
- 414 Zudem darf aus unserer Sicht die Ausbildung im Bereich der Qualifikationsstufen 6 und
415 7 – insbesondere auch die Fachwirt- und Meisterausbildung – nicht teurer sein als ein
416 Studium. Wir fordern daher die Kostenfreiheit für die Fachwirt- sowie die
417 Meisterausbildung. Im Bereich der beruflichen Bildung sollen Leistung und Engagement
418 ebenfalls besondere Anerkennung erfahren. Wir fordern daher ein Stipendiensystem für
419 herausragende Auszubildende ähnlich den Stipendien der Begabtenförderungswerke durch
420 das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie das
421 Bundeswirtschaftsministerium.
- 422 Damit Studentinnen und Studenten wie Auszubildenden mehr Geld für ihre Bildung
423 überbleibt, sollen sie vom Rundfunkbeitrag befreit werden.
- 424 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:
- 425 • die Einrichtung eines nationalen Bildungsfonds als neues Finanzierungselement,
 - 426 • eine Steigerung sowie dynamische Anpassung der BAföG-Sätze,
 - 427 • den regionalen Unterschieden bei Wohnkosten durch einen Wohnort-Zuschlag
428 Rechnung zu tragen,
 - 429 • die Hinzuverdienstgrenze beim BAföG zu erhöhen,
 - 430 • bessere Zinskonditionen für Studienkredite,
 - 431 • ein Förderprogramm für günstigen Wohnraum zugunsten von Auszubildenden,

- 432 • die Verlängerung der Familienversicherung für Auszubildende,
433 • die verstärkte finanzielle Förderung der Meister- und Fachwirtausbildung,
434 • ein Stipendiensystem für herausragende Leistungen während der Ausbildung,
435 • die Befreiung vom Rundfunkbeitrag für Studentinnen und Studenten und
436 Auszubildende.

437

438 **Kein Platz für Antisemitismus in unseren Schulen!**

439 Antisemitismus und Israelhass dürfen an den Schulen in unserem Land keinen Raum
440 finden. Gerade in Fällen, in denen Schülerinnen und Schüler durch ihr familiäres
441 Umfeld und ihre Sozialisation mit Vorurteilen gegenüber Israel konfrontiert werden,
442 sind Bildungseinrichtungen besonders gefragt, auf solche Entwicklungen aktiv und
443 entschieden zu reagieren. Eine umfangreiche Wissensvermittlung, insbesondere in
444 Hinblick auf die Historie von Antisemitismus in Deutschland, ist ein zentrales
445 Instrument, damit Jüdinnen und Juden über Generationen sicher in Schleswig-Holstein
446 leben können. Es ist daher von großer Bedeutung, dass der wachsende Antisemitismus an
447 unseren Schulen ernsthaft angegangen und bekämpft wird. In diesem Zusammenhang ist es
448 begrüßenswert und dringend notwendig, dass die Verhältnisse im Nahen Osten
449 verpflichtend und differenziert im Unterricht behandelt werden, um ein fundiertes
450 Verständnis für die komplexen Zusammenhänge zu fördern und Vorurteilen wirksam
451 entgegenzutreten.

452 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 453 • die verpflichtende Behandlung des Nahost-Konflikts im Schulunterricht,
454 • die verstärkte Durchführung von Projekten zum 09. November und dem 27. Januar in
455 den Schulen.

456

457 **Klares Bekenntnis zu unserer Bundeswehr – auch im Bildungsbereich!**

458 Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr leisten einen unschätzbare wertvollen
459 Dienst für unser Land und unsere Gesellschaft. Sie setzen sich selbst großen
460 Entbehrungen aus und kämpfen für die Sicherung von Frieden und Freiheit. Auch in
461 Zeiten von globalen Pandemien und zerstörerischen Naturkatastrophen ist die
462 Bundeswehr als fundamentaler Teil unserer Gesellschaft unabdingbar. Die Aufgabe der
463 Gesellschaft muss es daher sein, die Solidarität mit unserer Bundeswehr öffentlich
464 noch stärker zum Ausdruck zu bringen. Dazu gehört auch eine größtmögliche
465 Unterstützung unserer Streitkräfte an den zivilen Universitäten. Einigen unserer
466 Soldatinnen und Soldaten wird es in bestimmten Studiengängen wie Human- und
467 Zahnmedizin sowie Pharmazie ermöglicht, ihr Studium an zivilen Universitäten zu
468 absolvieren. Soweit die Studentinnen und Studenten der Bundeswehr ihre Uniform
469 tragen, kommt es nicht selten im Rahmen des Studienalltages zu verbalen Anfeindungen
470 und Beleidigungen von Seiten ideologisch agierender Akteure, zumeist aus dem linken
471 politischen Spektrum. Diesen Akteuren zufolge müsse „eine Militarisierung von
472 Universitäten“ sowie das Auftreten von, so wörtlich, „Mördern in Uniform“ auf dem
473 Gelände der Universitäten verhindert werden. Dieser zunehmend antimilitaristischen
474 Strömung an Universitäten treten wir entschlossen entgegen! Vielmehr setzen wir uns
475 für die Stärkung der zivilmilitärischen Zusammenarbeit zwischen Institutionen von

476 Universitäten und der Bundeswehr ein. Darüber hinaus sprechen wir uns vehement gegen
477 jede Form der Zivilklauseln und für eine Stärkung der militärischen Forschung aus.

478 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 479 • ein klares Bekenntnis der Studentenparlamente sowie der Hochschulleitungen zur
480 Bundeswehr und ihren Soldatinnen und Soldaten, die an zivilen Universitäten
481 studieren,
- 482 • die Stärkung der öffentlichen Präsenz unserer Bundeswehr im Rahmen universitärer
483 Lehrveranstaltungen und Berufsmessen,
- 484 • die Stärkung von zivil-militärischer Forschung, wie dies beispielsweise zwischen
485 dem Institut für Sicherheitspolitik der CAU und der Deutschen Marine im Rahmen
486 des jährlich stattfindenden „Kiel International Seapower Symposium“ gehandhabt
487 wird.